

Öffentliche Sitzung

<u>Termin der Sitzung:</u>	22.03.2017
<u>Ort der Sitzung</u>	Schwanseestr. 17, Cafeteria
<u>Beginn der Sitzung:</u>	17.30 Uhr
<u>Ende der Sitzung:</u>	18.30 Uhr

Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

1. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke erklärt, dass TOP 5 auf einen anderen Termin verschoben werden muss.
Frau Harke fragt nach weiteren Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der geänderten Form.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	0	0

2. Bestätigung der Niederschrift vom 15.02.2017

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 15.02.2017.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 15.02.2017.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	10	3	0

3 Beratung und Beschlussfassung zur Kita „Villa Lustig“, Grundsatzbeschluss DS 2017/046/V

Auf Nachfrage von Herrn Albrecht antwortet Frau Harke, dass Herr Albrecht während der Diskussion und der Abstimmung im Raum bleiben kann, er darf sich jedoch nicht an der Abstimmung beteiligen.

Herr Kleine erläutert die vorliegende Drucksache DS 2017/046/V. Darin wird vorgeschlagen, das Gebäude der Villa Lustig zu sanieren und um einen Ergänzungsneubau zu erweitern. Es ist unstrittig, dass dringend gehandelt werden muss. Wenn der Stadtrat am 05.04.2017 der Vorlage zustimmt, kann das Bauverfahren in Gang gesetzt werden. Vom Familienamt wird keine der beiden in Frage kommenden Varianten vorgeschlagen. Wichtig ist vielmehr, dass

die Betreuung der Kinder fortgesetzt werden kann. Ein wichtiges Argument für die Variante I ist die Erhaltungssatzung. Diese sieht im Bereich der Villa Lustig vor, dass alle baulichen Anlagen zu erhalten sind. Daher hat u. a. auch die Denkmalbehörde diese Variante präferiert. Der Bauausschuss hat bereits in der vergangenen Woche einstimmig dafür votiert, in der nächsten Woche soll der Finanzausschuss folgen.

Herr Kleine verweist darauf, dass es eine breite Beteiligung gegeben hat und sagt zu, dieses Verfahren beizubehalten. Als nächstes muss der Umzug in das Ausweichquartier geplant werden. Hier will man weiterhin eng mit den Eltern und dem Träger zusammenarbeiten. Herr Kleine geht davon aus, dass die Einrichtung 1,5 Jahre nach Baubeginn beziehbar ist. Über eine Zustimmung des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache würde er sich freuen.

Herr Dr. Daube hat Herrn Kleines Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Herr Kind verweist auf Verzögerungen im Zeitplan.

Herr Dr. Daube verweist auf den Abstimmungsprozess mit anderen Ämtern und darauf, dass sehr gewissenhaft gearbeitet wurde. Er hält die Verzögerung für gut investierte Zeit.

Frau Kästner fragt, ob es vom Gesundheitsamt Bedenken hinsichtlich der Schadstoffbelastung des alten Gebäudes gibt.

Frau Dr. Bán antwortet, dass es diesbezüglich keine Bedenken gibt.

Herr Dr. Daube ergänzt, dass es Baustoffuntersuchungen gab. Es wurden Schadstoffe in den Dachbalken gefunden. Allerdings sind diese Schadstoffe nicht in der Luft und im Staub nachgewiesen. Die Balken kann man sanieren, auch die Schadstoffe im Boden (8 cm unter der Lauffläche) werden bei der Sanierung beseitigt.

Herr Hottenrott verweist darauf, dass eine Umsetzung des Projektes nur dann erfolgt, wenn die Fördermittel bereitgestellt werden. Er möchte wissen, was passiert, wenn die Fördermittel nicht fließen.

Herr Dr. Daube verweist auf die intensiven Gespräche mit dem Fördermittelgeber und darauf, dass allen Beteiligten die Situation klar ist. Er spricht von klaren Signalen, die es von Seiten des Fördermittelgebers gibt.

Herr Hottenrott sagt, dass man den Satz dann streichen könne und wiederholt seine Frage.

Herr Dr. Daube antwortet, dass die Mittel dann für die Haushaltsplanung 2018 angemeldet werden müssten.

Herr Stadelmann fragt, ob bei der Grobplanung darauf geachtet wurde, das Gebäude mit Solaranlagen zu bestücken.

Herr Dr. Daube antwortet, dass alle städtischen Gebäude daraufhin untersucht wurden. Diesbezüglich gibt es noch eine Abstimmung mit der Stadtentwicklung. Grundsätzlich hat man das im Blick.

Herr Stadelmann verweist auf Fördermöglichkeiten für die Pelletheizung.

Herr Dr. Daube verweist auf höhere Anschaffungskosten und darauf, dass die Energieversorgung Teil der Leistungsphase III ist. Derzeit befindet man sich in der Vorplanung, es folgt die Entwurfsplanung.

Frau Bilzer lobt die Informationsveranstaltung mit den Eltern der Einrichtung, es konnten viele Unsicherheiten ausgeräumt werden. Sie verweist darauf, dass das Augenmerk jetzt auf der Freifläche liegen muss.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen: Herr Albrecht ist befangen, Herr Frenk ist stimmberechtigtes Mitglied, es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Beschluss:	Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, der Drucksache 2017/046/V in der vorliegenden Form zuzustimmen.		
Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	0	0

Herr Albrecht nimmt wieder als stimmberechtigtes Mitglied an der Sitzung teil.

4. Beratung und Beschlussfassung Schulbezogene Jugendsozialarbeit

Frau Harke verweist auf die Empfehlungen aus dem Unterausschuss.

Herr Keune erläutert die Finanzierung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit. Er macht klar, dass der Schwerpunkt auf dem Erhalt der Personalstellen lag – trotz Reduzierung der Mittel durch das Land. Für den Sachkostenbereich stehen pro Schule 2.000 Euro zur Verfügung. Das ist für die Träger auch keine gute Ausgangsposition. Derzeit gibt es in der Finanzierung eine Lücke von 9.065 Euro. Diese Mittel werden beim Freistaat nachbeantragt. Herr Keune zeigt sich optimistisch, dass das Geld aus Rücklaufmitteln aufgebracht werden kann. Herr Keune verweist darauf, dass er am 05.12.2017 den Sachstand in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit vorgestellt hat. Er hat vorgeschlagen, trotz des angezeigten Mehrbedarfs in der Gemeinschaftsschule, den derzeitigen Verteilungsschlüssel beizubehalten.

Frau Körber fragt, ob es Schulstandorte gibt, die einen Bedarf angezeigt haben und nicht berücksichtigt wurden.

Herr Keune antwortet, dass ihm der Bedarf in der Jenaplanschule durchaus bewusst ist. Er verweist auf die reduzierte Finanzierung und darauf, wie versucht wurde den derzeitigen Personalstand zu halten. Herr Keune macht auch deutlich, dass es darüber hinaus alternative Möglichkeiten gibt.

Frau Harke erklärt, dass Kontinuität in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit wichtig ist. Trotzdem ändern sich Bedarfe und es wäre wichtig, noch einmal eine Bedarfsanalyse durchzuführen. Die Gemeinschaftsschule ist ein Thema, andere Schulen sehen für sich ebenfalls Bedarf. Sie lobt die Arbeit der Verwaltung und zeigt sich optimistisch, dass es eine Lösung geben wird.

Frau Kästner fragt, ob die Arbeitsverhältnisse der SchulsozialarbeiterInnen unbefristet sind. Herr Keune antwortet, dass das ein Grundproblem ist. Er verweist auf die Trägerhoheit und die gefassten Beschlüsse, die immer zeitlich begrenzt sind. Er schätzt die Situation für Weimar als vergleichsweise komfortabel ein, da alle Stellen besetzt sind. Er verweist auf den Fachkräftemangel an anderen Standorten.

Frau Görg äußert große fachliche Wertschätzung für die Schulsozialarbeit. Sie verweist jedoch auf den Bedarf in der Jenaplanschule und fragt nach der Perspektive.

Herr Keune antwortet, dass die schulbezogene Jugendsozialarbeit wieder in den Haushalt des Freistaates aufgenommen wird.

Frau Bolle möchte die Unterlagen aus dem Unterausschuss vom 05.12.2016 erhalten.

Frau Harke regt an, die Unterlagen mit dem Protokoll zu versenden (siehe Anlage).

Herr Hottenrott sieht im Goethegymnasium großen Bedarf an Schulsozialarbeit und spricht sich für eine regelmäßige Bedarfserhebung aus.

Herr Keune entgegnet, dass es sinnvoll ist, derartige Bedarfe bei der Jugendförderung anzuzeigen. Er skizziert mögliche Alternativen.

Herr Kasper macht klar, dass offensichtlich ein höherer Bedarf bei gleichzeitiger Kostensenkung besteht. Um diese Bedarfe zu decken, wird mehr Personal benötigt. Er fragt, welche Chancen diesbezüglich bestehen.

Herr Keune antwortet, dass der momentane Verteilungsschlüssel des Landes festgeschrieben ist. Es ist notwendig, hinsichtlich des Mehrbedarfes, mit der Jugendförderung ins Gespräch zu kommen, um alle Möglichkeiten auszuloten. Eine personelle Aufstockung ist derzeit aus seiner Sicht nicht realistisch.

Herr Ludwig hebt die Bedeutung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit hervor. Im Hauptfokus stehen Einzelfallhilfen. Er glaubt nicht, dass es an Schulen, die bereits versorgt sind, einen Minderbedarf geben wird.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<p><u>Beschluss:</u></p>	<p>Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich der Bewilligung der beantragten Finanzierung die Fortführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit vom 01.08.2017 bis zum 31.12.2017 wie im Folgenden dargestellt:</p> <p>In Trägerschaft des Förderkreis JUL gGmbH</p> <p>Regelschule: Musäus 1,000 VbE Regelschule: Schöndorf 0,500 VbE Regelschule: Pestalozzi 1,000 VbE Regelschule: Parkschule 1,000 VbE Gymnasium: Friedrich Schiller 0,500 VbE Gymnasium: Humboldt 0,500 VbE</p> <p>In Trägerschaft des AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V.</p> <p>Grundschule: Johannes Falk 0,500 VbE Grundschule: Albert Schweitzer 1,000 VbE Grundschule: Schöndorf 0,500 VbE Grundschule: Lucas Cranach 0,500 VbE</p> <p>Koordination Amt für Familie und Soziales 0,500 VbE</p>		
<p><u>Abstimmungs- ergebnis:</u></p>	<p>Ja-Stimmen</p>	<p>Enthaltungen</p>	<p>Nein-Stimmen</p>
	<p>13</p>	<p>0</p>	<p>0</p>

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich der Bewilligung der beantragten Finanzierung folgenden Kosten- und Finanzierungsplan für die schulbezogene Jugendsozialarbeit vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 wie im Folgenden dargestellt:		
	Gesamtkosten/ AWO	129.898,44 €	
	Personalkosten lt. Trägerantrag/TVöD aktuell, Sachkosten 2.000,00 € je Schule, Overheadkosten 2,5 % der PK)		
	Gesamtkosten/JUL gGmbH	239.663,04 €	
	Personalkosten lt. Trägerantrag/TVöD aktuell, Sachkosten 2.000,00 € je Schule, Overheadkosten 2,5 % der PK)		
	Gesamtkosten/Koordination	30.378,93 €	
	<u>Kosten gesamt</u>	<u>399.940,40 €</u>	
	<i>Finanzierungsplan</i>		
	Fördermittel Land	367.794,00 €	
	Zuschuss Stadt Weimar	23.081,00 €	
Zur Nachbeantragung/Land	9.065,40 €		
<u>Finanzierung gesamt</u>	<u>399.940,40 €</u>		
<u>Abstimmungs- ergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	13	0	0

6. Informationen der Verwaltung

- Information zur betriebsnahen Kita
- Information zur Betriebskostenerstattungsverordnung
- Information zur Kita „Holzwürmchen“

Frau Harke führt aus: Herr Otto hat Herrn Kleine kontaktiert und ihm berichtet, dass es eine Info-Veranstaltung bei der IHK gegeben hat. Dort wurde dafür geworben, dass sich weitere Firmen dem Projekt anschließen. Es gibt bezüglich der Belegplätze weitere Anfragen. Der Entwurf eines Betreibervertrages liegt vor. Herr Otto geht davon aus, dass die Kita 2018 eröffnet werden kann.

Frau Harke führt aus: Bei der Betriebskostenerstattungsverordnung (BKEVO) handelt es sich um die neue Kita-Förderrichtlinie. Zwei wesentliche Punkte werden aus ihrer Sicht die Diskussion bestimmen. Einerseits die beabsichtigte Gebührenerhebung durch die Stadt und die Vereinfachung bei der Finanzierung. Alle Betriebskostenbereiche sind in einer Pauschale zusammengefasst. Knackpunkt ist aus ihrer Sicht die Verwaltungspauschale. In einigen Punkten hat sich die Verwaltung an der Hortsatzung orientiert. Frau Harke verweist auf den nächsten Unterausschuss Kindertageseinrichtungen und Tagespflege am 29.03.2017.

Frau Vogel informiert darüber, dass die Kita in der Rosenthalstraße wie geplant Ende 2017 fertiggestellt werden soll. Die Bauarbeiten verlaufen nach Plan.

7. Sonstiges

Auf Nachfrage von Frau Görg antwortet Frau Bauer, dass zur Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes drei Stellen beantragt wurden. Die Umsetzung erfolgt zum Teil auch über das Jobcenter. Der Umfang für das Familienamt kann noch nicht beziffert werden, es liegen keine validen Prognosen vor.

Herr Kleine ergänzt, dass die Finanzierung zwischen dem Land und den Kommunen noch strittig ist. Die Kommunen kämpfen darum, dass die Kosten nicht im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausgegeben werden sondern extra ausgewiesen und ausgereicht werden. Die Aufgabe soll als übertragene staatliche Aufgabe eingestuft werden.

Herr Stadelmann fragt, ob der Verwaltung bekannt ist, dass der Bitumenweg an der Kita Kinderland gesperrt ist. Er verweist auf die Folgen für die Eltern.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch